

## «3-G»: Früh Genesene sind benachteiligt – und die Suche nach Schuldigen für vierte Welle

### Zur Coronapandemie und zur Ausweitung der Zertifikatspflicht

Seit Beginn von Covid-19 konnte erfreulicherweise Testen und Impfen stark ausgebaut werden. Doch für Genesene sind Tests zur Antikörper- oder T-Zellenbestimmung leider nicht Teil der nationalen Teststrategie und somit für Betroffene schwierig nachweisbar. Sogar bei positivem Nachweis von Antikörpern erhalten Betroffene kein Covid-Zertifikat. Gerade bei einer Infektion zu Beginn von Covid-19 konnten sich ausserdem nur über 65-jährige Menschen testen lassen, weshalb ein Nachweis des 3-Gs für manche Menschen nicht möglich ist. Ob so noch von «3-G» gesprochen werden kann, ist fraglich.

Vielmehr läuft es für Genesene auf einen Impfwang hinaus, um nicht als Gefahr für die Gesundheit der Menschheit aus der Gesellschaft ausgeschlossen zu werden. Diese Impfung birgt jedoch nicht bekannte Langzeitfolgen und stellt somit gerade für junge Menschen ein mögliches Risiko dar, das durch einen Nachweis der Genesung nicht

unnötig in Kauf genommen werden müsste. Auch würden dann die knappen Impfdosen nur an Menschen abgegeben, die sich noch mit Covid-19 anstecken könnten und nicht an Genesene. Genesene, die gemäss einer kürzlich erschienenen Studie aus Israel um ein Vielfaches länger geschützt seien als Geimpfte (Ausgabe vom 26. August).

Wir sind keine Impfgegner aber wir finden, dass erst von 3-G gesprochen werden kann, wenn die drei «G» auch gleichwertig sind. Trotz Corona und Quarantäne werden Genesene, deren Infektion länger als sechs Monate zurückliegt, sogar Restaurant und Fitnessbesuche untersagt. Es ist für uns unverständlich, warum die natürlich Immunen schlechter behandelt werden als die künstlich Immunisierten.

Romy und Daniela Klausner,  
Obernai

Anfang der Krise ging es um Solidarität und Zusammenhalt. Doch nun hat jede neue Verordnung zu noch mehr Leid geführt, und vermeintliche Lösungen stellten sich als absurde Herausforderungen

eines Pandemieendes heraus. Panik und Angst werden geschürt, Wahrheiten werden verdreht, statt die Menschen vertrauensvoll in die Zukunft blicken zu lassen.

Der enorme Druck, sich eine Injektion zuzuführen, deren Langzeitfolgen noch nicht abschätzbar sind, löst bei mir den Eindruck aus, dass wir mutmasslich krank gemacht werden sollen. Vielleicht werden sich die Intensivstationen im Herbst mit Geimpften füllen, die einen Schnupfen nicht mehr wegstecken können. Oder mit jungen Menschen, die Impfschäden haben.

Müssen wir für unsere Menschenrechte tatsächlich so viel Risiko in Kauf nehmen? Ich unterrichte seit nun fast 20 Jahren als Primarlehrerin, bin Mutter von drei schulpflichtigen Kindern, habe noch nie eine Grippeimpfung machen lassen, bin selten krank, war in der ganzen Covid-Zeit weder in Quarantäne noch in Isolation, und nun soll mir vielleicht bald die Ausübung meines Berufs verwehrt werden, weil ich kein Zertifikat habe, um zu beweisen, dass ich gesund bin.

Ich sehe eine grosse Katastrophe kommen, maximale Ausgrenzung und Unterdrückung. Zu was sind diese Politiker noch bereit? Es ist höchste Zeit, dass jeder und jede in die Eigenverantwortung kommt und wieder selber zu denken und handeln beginnt. Für mich gibt es nur eine Möglichkeit die Pandemie zu beenden, ein Nein bei der erneuten Abstimmung zum Covid-19-Gesetz am 28. November.

Bei den Rückkehrerinnen und Rückkehrern von Sommerferien auf dem Balkan haben wir auf der einen Seite viele Doppelbürger, die sich durch den roten Pass Vorteile ausrechnen. Auf der anderen gibt es auch Inhaber von B- und C-Bewilligungen. Viele von ihnen leben hier in einer Parallelgesellschaft. Wenn es darauf ankommt, orientieren sie sich umgehend an den Herkunftsländern. Dank 24 Stunden Balkan-TV.

Eveline Felder, Oberkirch

Somit sind Party-Ferien und grosse Hochzeiten angesagt, komme was wolle. Der Kosovo hebt – auch aus finanziellen Gründen – alle Einschränkungen auf, da hat die pingelige Schweiz keinen

Einfluss mehr. Die Familie kommt vor dem Gastgeberstaat. Hamit Zeqiri behauptet in der Ausgabe vom 4. September, seine Landsleute hätten aus beruflichen Gründen kaum Zeit um Impfen gehabt. Meint er Angestellte von Schweizer Arbeitgebern? Ylfete Fanaj sagt, die Behörden hätten die hier lebenden Ausländer betreffend Corona ansprechen müssen. Unglaublich. Da wandern Leute für ein «besseres Leben» in die Schweiz ein, leben hier aber weiter «wie zu Hause», lernen nur marginal Deutsch, weil sie sich in der gleichen Ethnie bewegen. Von echter Integration keine Spur.

Die Schweiz hat Perparim Avdili eine berufliche und politische Karriere (bei der FDP Zürich) ermöglicht. Wenn es drauf ankommt, fällt er der Schweiz jedoch in den Rücken und beschwert sich lauthals, die Absage des Alba-Festes in Zürich sei Diskriminierung.

Fazit: Aufgrund der Hunderttausenden, die diesen Sommer rücksichtslos in den Balkan pilgerten, und die jetzt die Intensivstationen an den Anschlag bringen, zieht Bundesrat Berset wieder die Schraube an. Die, die in der Schweiz geblieben sind, ihre

Freizeit eingeschränkt und Kontakte minimiert haben, die werden jetzt bestraft.

Schon ist die Rede von einem 3-G-Zertifikat auch im öffentlichen Verkehr. Damit wird der Impfwang verstärkt. Die Schweiz ist auf dem besten Weg zu einer Diktatur.

Irene Probst, Luzern

Wer ist ihrer nicht längst überdrüssig, der C-Krise ohne Ende, die die Menschen weltweit in Atem hält. Zweite Impfung, dritte Impfung, vierte Welle, der Virus mutiert. Die Bibel in Matthäus 24,12, macht Voraussagen, und es läuft nach Drehbuch ab. «Die Ungerechtigkeit, (Zertifikat) und die Ratlosigkeit (Behörden) werden zunehmen und die Liebe wird in vielen erkalten.» (Handy-Manie).

Mit der Selektion der Menschen, mittels einem unter die Haut verabreichten Chip, (wie bei Tieren), erfüllt sich eine weitere Prophetie: «Niemand kann kaufen oder verkaufen, wenn er nicht das Zeichen hat.» (Offenbarung 13,17).

Werner Keiser, Sempach

## Laubheuschrecke auf Besuch



Im Garten in Udligenswil fand unser Leser dieses Insekt, das als gefräßig gilt und gern weiches Laub verzehrt.

Leserbild: Simon Weibel

## Für den Schutz des gesamten Lindenberg

«Lindenberg: Windrad-Gegner machen mobil», Ausgabe vom 7. September

Die «Luzerner Zeitung» berichtete sehr anschaulich über die vom Verein Pro Lindenberg organisierte Begehung des Lindenberg entlang den angedachten Standorten der vier Windräder. Rund 50 Interessierte konnten sich direkt vor Ort über deren Auswirkungen auf Landschaftsbild, Biodiversität, Brutvögel, Wasserhaushalt und auf die Umwelt allgemein informieren.

Eine Ergänzung ist wichtig: Der Verein Pro Lindenberg legt Wert auf die Feststellung, dass er viel mehr ist als eine Gegnervereinigung der Windindustriezone. Artikel 2 der Statuten lautet: «Zweck des Vereins ist der Erhalt, Schutz und die nachhaltige Förderung des gesamten Lindenberg.» Diesen Vereinszweck verstehen wir ganzheitlich. Der Windpark kommt in den Statuten mit keinem Wort vor. Es stimmt zwar, dass die Verhinderung dieser Windindustriezone zurzeit das Hauptanliegen ist und prak-

tisch all unsere Zeit, Energie und Mittel absorbiert. Nach dem erhofften Erfolg wird der Verein weiter bestehen und weiter im Sinn und Zweck der Statuten agieren. Dieses wertvolle Naherholungsgebiet muss nachhaltig vor Verschandelung geschützt werden, aber auch Projekte, die es weiter aufwerten, sind zu initialisieren oder zu unterstützen. Konstruktive Arbeit für Sinnvolles ist auf die Dauer viel befriedigender als das Bekämpfen von Sinnlosem und Schädlichen.

Eugen Studer, Müswangen

## Über Geld, Macht und Entmündigung

Zur eidgenössischen Abstimmung über die 99-Prozent-Initiative am 26. September

Aktuell wird oft davon gesprochen, dass die Massnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie unsere Bevölkerung spalten würden. Ich glaube, unsere Gesellschaft war bereits gespalten, die Kluft wurde einfach grösser. Während der Frühlingsmonate des ersten Lockdowns legten die sechs reichsten Schweizerinnen und Schweizer 15,5 Milliarden Franken an Vermögen zu. Sie bezahlten diese in Form von Aktiengewinnen an ihre Grossaktionärinnen und -aktionäre aus, während die Arbeitnehmenden der jeweiligen Unternehmen in Kurzarbeit gehen mussten.

Nun möchte die 99-Prozent-Initiative der Juso genau diese Kapitalgewinne gerechter besteuern. Nach heutiger Gesetzeslage müssen für Dividenden, Aktiengewinne oftmals weniger Steuern bezahlt werden, als für «normales» Arbeitseinkommen. Superreiche werden also belohnt, wenn sie ihr Kapital ständig vervielfachen. Die 33 grössten börsenkotierten Unternehmen der Schweiz schütten jeden dritten Franken ihres Umsatzes in Form von Kapitalgewinnen aus. Geld, das eigentlich denen gehört, welche es erwirtschaften: uns, den 99 Prozent der Bevölkerung. Anders als uns die bürgerlichen Parteien vorschwindeln wollen, trifft diese Initiative nämlich nur 80 000 Steuerzahlende, wenn wir vom Freibetrag von 100 000 Franken ausgehen. Bei einer Rendite von 3 Prozent müsste eine

Person mindestens drei Millionen Franken im Jahr investieren, um einen Kapitalgewinn über dem genannten Betrag zu erzielen. Dies ist aktuell bei einem Prozent der Bevölkerung der Fall. Viele Länder in Europa kennen bereits eine Kapitalgewinnsteuer. Die Schweiz sollte nachziehen, denn unsere Demokratie ist akut gefährdet. Wer eine solche Menge an Geld für sich arbeiten lassen kann, ist auch im Stande, Lobbyisten, Abstimmungskampagnen und Medienhäuser zu kaufen. In unserer Gesellschaft sollte jede Stimme gleich viel zählen. Darum Ja.

Mirjam Hostetmann, Samen,  
Präsidentin Juso Obwalden

Die Jungsozialistinnen und -sozialisten beklagen sich über die wachsende Schere zwischen Arm und Reich und fordern eine neue «Steurgerechtigkeit». Die da lautet: Die «Reichen» sollen noch mehr zur Kasse gebeten werden. Als ob es den Armen besser ginge, wenn die Reichen weniger reich wären! Dieses unsägliche Reichen-Bashing ist heute gross in Mode, und dies leider bis ins bürgerliche Lager hinein. Dabei genügt ein Blick in die Steuerstatistik, um zu merken, dass die starken Schultern bei der Steuerlast heute schon wesentlich mehr zu tragen haben als die schwächeren (Progression bei der Einkommenssteuer, Solidaritätsprozent bei der Arbeitslosenversicherung).

Kommt hinzu: Kapitalkräftige Personen gehen persönliche Risiken ein, indem sie in

Unternehmen, Arbeitsplätze und Innovationen investieren. Und sie finanzieren auch zu grossen Teilen unseren gut ausgestatteten Sozialstaat. Die Erfahrung lehrt: Wo es viele Reiche gibt, geht es auch den Armen besser. So viel zum Thema Steurgerechtigkeit.

Thomas Meier, Unternehmer und  
Kantonsrat FDP, Schenk

Die Initiative der Juso ist purer Klassenkampf. Hierzu gibt es ein starkes Zitat von Abraham Lincoln, dass das Grundproblem erfolgreich umschreibt: «Ihr werdet die Schwachen nicht stärken, indem ihr die Starken schwächt. Ihr werdet denen, die ihren Lebensunterhalt verdienen, nicht helfen, indem ihr die ruiniert, die sie bezahlen. Ihr werdet den Armen nicht helfen, indem ihr die Reichen ausmerzt. Ihr könnt den Menschen nicht auf Dauer helfen, wenn ihr für sie tut, was sie selber für sich tun sollten und könnten!» Immer wieder meinen wir es gut und tun für andere etwas, was sie besser selber für sich täten. Damit entmündigen wir sie. Gut gemeint ist eben häufig das Gegenteil von gut. Genau so ist es mit der 99-Prozent-Initiative, deshalb sage ich Nein.

Lucas Zurkirchen, Luzern,  
Leiter der Nein-Kampagne

### Adresse für Leserbriefe

Die E-Mail-Adresse für Leserbriefe lautet forum@luzernerzeitung.ch.